

Lehrstellensituation und Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland (mit Kartenbeilage)

Burdack, Joachim; Bode, Volker

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Burdack, J., & Bode, V. (1996). Lehrstellensituation und Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland (mit Kartenbeilage). *Europa Regional*, 4.1996(2), 1-10. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48415-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Lehrstellensituation und Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland

(mit Kartenbeilage)

JOACHIM BURDACK & VOLKER BODE

Die wirtschaftliche Leistungskraft der Bundesrepublik Deutschland beruht in hohem Maße auf der fachlichen Qualifikation der Arbeitskräfte. Den Nachwuchs an Facharbeitskräften sicherzustellen, ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des *Wirtschaftsstandortes Deutschland*. Gleichrangig neben dieser wirtschaftlichen Zielstellung steht die sozialpolitische Aufgabe, jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zu sichern und ihnen eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Im folgenden Beitrag sollen aktuelle Tendenzen von Lehrstellensituation und Jugendarbeitslosigkeit in regionaler Differenzierung dargestellt und analysiert werden¹. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Problemlage in den neuen Ländern. Als Fallbeispiel einer Problemregion beruflicher Bildung wird der Leipziger Raum angeführt.

Die hier präsentierten Indikatoren zur Lehrstellensituation und Jugendarbeitslosigkeit können auch als sozioökonomische Indikatoren der mittelfristigen regionalen Wirtschaftsentwicklung angesehen werden. Quantitative und qualitative Entwicklungen im Bereich der beruflichen Aus- und Fortbildung belegen die Investitionsbereitschaft von Unternehmen im Bereich des Humankapitals für einen Standort oder eine Region.

Zum Dualen System der Berufsausbildung

Bei der Integration in das Beschäftigungssystem haben Jugendliche zwei „Schwellen“ zu bewältigen (DOBISCHAT 1993). Die erste Schwelle stellt der Wechsel von der allgemeinbildenden Schule auf eine Ausbildungsstelle dar, die zweite Schwelle betrifft den darauffolgenden Übergang in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis. In zunehmendem Maße haben die beiden Schwellen für Jugendliche den Charakter von Zugangsbarrieren, deren Überwindung immer problematischer wird.

Der weitaus größte Teil der beruflichen Erstausbildung erfolgt in Deutschland innerhalb des sogenannten *Dualen Systems*², in dem zur Zeit 373 Ausbil-

dungsberufe angeboten werden (BMBF 1995). Von den Jugendlichen eines Schulabgängerjahrgangs münden heute über zwei Drittel in eine Berufsausbildung im Dualen System ein. Dies stellt eine erhebliche Steigerung gegenüber der Situation in den siebziger Jahren dar, als in der Bundesrepublik Deutschland nur etwa die Hälfte eines Jahrgangs eine betriebliche Lehre aufnahm. In der DDR waren es im gleichen Zeitraum über 85 % der Schulabgänger eines Jahrgangs, die eine Berufsausbildung aufnahmen³.

Der Begriff *Duales System* bezieht sich vor allem auf die Dualität der Lernorte Betrieb und Schule. Während die fachpraktische Ausbildung im Betrieb erfolgt, werden fachtheoretische und allgemeinbildende Ausbildungsteile in einer Berufsschule im Teilzeitunterricht vermittelt. *Duales System* meint aber auch die Kompetenzteilung zwischen staatlicher Zuständigkeit in der Berufsschule einerseits und der Verantwortlichkeit für die betriebliche Ausbildung durch private und öffentliche Arbeitgeber andererseits.

Die Zahl der in einem Jahr abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist das Ergebnis eines komplexen Wirkungsgelichtes verschiedener Faktoren. Sowohl demographische Entwicklung und Wirtschaftsentwicklung, als auch die Beurteilung der Arbeitsmarktentwicklung durch die Betriebe sowie das Ausbildungsverhalten der Jugendlichen spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Die Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge läßt in der Zeitreihe seit Mitte der siebziger Jahre deutliche Schwankungen erkennen (*Abb. 1*). Ein Höchststand neuer Lehrstellen wurde 1984 in der Bundesrepublik Deutschland mit über 705 Tsd. erreicht, den Tiefststand verzeichneten die alten Länder 1994 mit nur 450 Tsd. Der Vergleich mit der Entwicklung der Altersjahrgänge von 15-21 Jahren verdeutlicht, daß durch den starken demographischen Rückgang – trotz rückläufiger Zahl der abgeschlossenen Verträge – der Anteil der in die Duale Ausbildung integrierten Jugendlichen gestiegen ist.

Der Ausbildungsstellenmarkt wird – wie bei anderen Märkten auch – durch die Dynamik von Angebot und Nachfrage bestimmt. Ein Lehrstellenmangel entsteht, wenn der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen kein entsprechendes Angebot gegenübersteht. Hierbei ist es jedoch wichtig darauf hinzuweisen, daß auch bei einem insgesamt ausgeglichenen quantitativen Verhältnis zwischen Ausbildungsplatzangebot und Nachfrage ein Lehrstellenmangel auftreten kann, etwa durch Angebotsdefizite in einzelnen Branchen (sektorale Defizite), Ungleichgewichte in der räumlichen Verteilung des Angebots (regionale Defizite) oder ein unzureichendes Angebot für benachteiligte Bewerbergruppen, wie weibliche Ausbildungsplatzsuchende, Ausländer oder Behinderte (gruppenspezifische Defizite).

Im Rahmen des Dualen Ausbildungssystems obliegt es den privaten und öffentlichen Arbeitgebern, betriebliche Ausbildungsplätze anzubieten. Die Entscheidung auszubilden liegt, wenn der Betrieb die formellen Voraussetzungen für die Lehrlingsausbildung erfüllt, grundsätzlich beim Arbeitgeber. Dementsprechend erfolgt auch eine einzelbetriebliche Finanzierung der fachpraktischen Ausbildung. Empirische Untersuchungen (BMBF 1995, HÖPFNER 1995) stellen hier vor allem zwei Faktorenkomplexe heraus, die – neben der Einschätzung der Wirtschaftslage und der branchenspezifischen Entwicklung – die betriebliche Entscheidungen beeinflussen, eine bestimmte Zahl von Ausbildungsplätzen anzubieten: Dies sind zum einen die Kosten der Ausbildung und zum anderen der Personalbedarf der Betriebe. Als zusätzliche Hemmschwellen bei der Ausbildungs-

¹ Eine Kurzfassung dieses Beitrages ist in Verbindung mit den beiliegenden Karten vom IfL bereits im Oktober 1995 auf dem 50. Deutschen Geographentag in Potsdam im Rahmen der Posterausstellung zum geplanten „Atlas Bundesrepublik Deutschland“ präsentiert worden.

² Die Bezeichnung wurde 1964 vom Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen geprägt.

³ Eigene Berechnung auf der Grundlage des Statistischen Jahrbuches der DDR 1980.

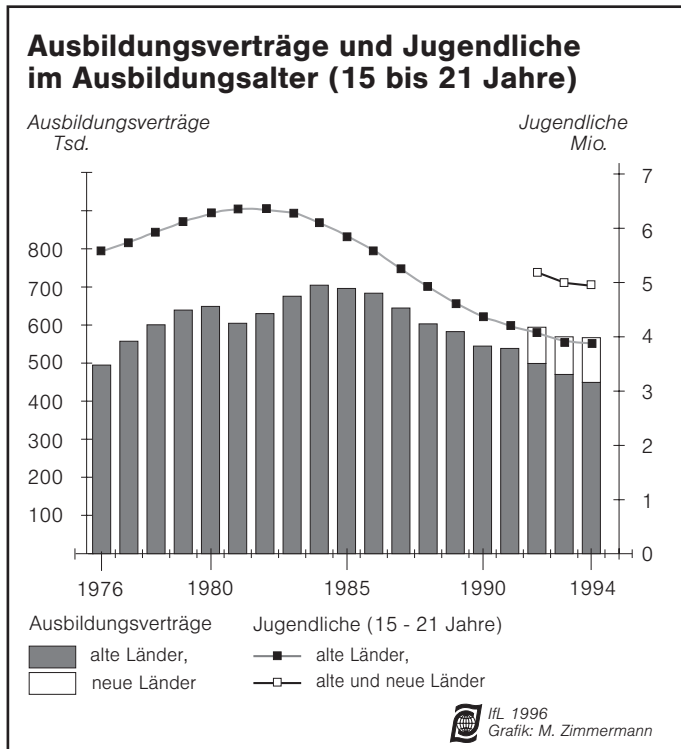


Abb. 1: Ausbildungsverträge und Jugendliche im Ausbildungsalter
 Quelle: Stat. Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, verschiedene Jahrgänge; Berufsbildungsbericht 1995

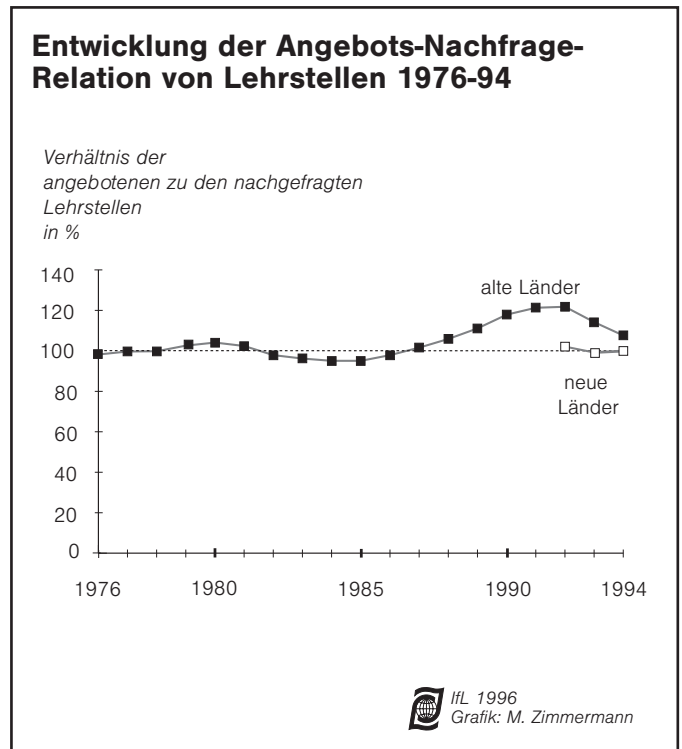


Abb. 2: Entwicklung der Angebots-Nachfrage-Relation von Berufsausbildungsstellen zwischen 1976-1994
 Quelle: Berufsbildungsbericht 1995

beteiligung werden vor allem von kleineren Unternehmen der hohe zeitliche Aufwand und die eingeschränkten Möglichkeiten zur umfassenden Ausbildung im eigenen Betrieb genannt. Der Faktor „Kosten der Ausbildung“ weist auf ein (fiktives) Kosten-Nutzen-Kalkül der Betriebe hin, bei dem die Kosten der Ausbildung gegenüber dem Ertrag der Arbeitskraft des Auszubildenden während der Ausbildungszeit eingeschätzt werden⁴. Besonders bei kleineren Unternehmen spielen die Kostenerwägungen während der Ausbildungszeit eine große Rolle. Der Faktor der eigenen Nachwuchsausbildung dominiert besonders bei größeren Betrieben. Berufliche Erstausbildung konkurriert in diesem Zusammenhang mit anderen Personalrekrutierungsstrategien, wie z.B. der Anwerbung von Fachpersonal oder angelernten Kräften auf dem Arbeitsmarkt (*Substitutionseffekt*). Es wird häufig bemängelt, daß Großbetriebe nicht mehr bereit sind, „über Bedarf“ auszubilden. In den neuen Ländern wirkt besonders der Umstand als Hemmfaktor, daß viele junge Betriebe ihren längerfristigen Personalbedarf noch nicht überblicken.

Die Nachfrage nach Lehrstellen wird bestimmt von der weitgehend demographisch bedingten Zahl der Schulabgänger eines Jahres und dem Anteil der Schulabgänger, die eine betriebliche Ausbildung

nachfragen – gegenüber anderen Karrierewegen, wie Studium, schulische Ausbildung oder der direkten Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit. Als zusätzliche Nachfragegröße sind Bewerber aus vorherigen Abgangsjahrgängen zu berücksichtigen. Besonders in den neuen Ländern spielen diese „Altbewerber“, die z.T. auch Ausdruck eines Bewerberstaus sind, eine zunehmende Rolle⁵. Zur Zeit streben etwa 80 % der Abgänger der Sekundarstufe I eine betriebliche Ausbildung an. Bei den Abiturienten sind es in den alten Ländern etwa 20 % und in den neuen immerhin 30 %, die einen betrieblichen Ausbildungsplatz wünschen (BMBF 1995). Durch die starke Abiturientennachfrage setzt zum Teil eine Verdrängung von Bewerbern mit niedrigeren Schulabschlüssen aus bestimmten Berufsgruppen ein. So hat der Deutsche Industrie und Handelstag (DIHT) darauf hingewiesen, daß 1995 bereits fast jeder vierte Lehrling in Industrie, Handel, Banken und Versicherungen Abitur hatte⁶.

Den gängigsten Indikator zur Messung der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt stellt die im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) jährlich berechnete, gesetzlich fixierte Angebots-Nachfrage-Relation dar. In die Angebots-Nachfrage-Relation

gehen die Jahresabschlußangaben der Geschäftsstatistik der Arbeitsämter über nicht vermittelte Bewerber und offene Lehrstellen sowie Angaben der Kammern (IHK, Handwerkskammer usw.) über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge während des Ausbildungsjahres ein (Berichtsjahr: 1. Oktober bis 30. September). Die Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge plus der noch nicht besetzten Ausbildungsstellen im Zähler wird mit der Summe der Ausbildungsverträge plus der noch nicht vermittelten Bewerber im Nenner verglichen. Werte unter 100 kennzeichnen ein Ausbildungsplatzdefizit und solche über 100 stehen für einen Ausbildungsplatzüberhang. Ein Wert von 100 bezeichnet ein rechnerisches Gleichgewicht, aber erst ein deutlich über 100 liegender Wert kann unter Berücksichtigung sektoraler, regionaler und gruppenspezifischer Defizite als wirklich „günstig“ bezeichnet werden.

In der alten Bundesrepublik Deutschland zeigten sich nach einer krisenhaften

⁴ Die Kosten eines Lehrlings während der Ausbildungszeit liegen nach Angaben der IHK Leipzig zwischen 70.000 und 120.000 DM.

⁵ Der Bewerberstau schränkt auch die Aussagekraft einiger Bedarfsindikatoren, wie z.B. des „Dualen Versorgungsgrades“ (BOLLMANN 1984) ein, die nur die Schulabgängerzahl eines Jahres berücksichtigen.

⁶ Leipziger Volkszeitung vom 16. Juli 1996.

Entwicklung in der ersten Hälfte der achtziger Jahre sehr günstige Werte gegen Ende dieses Jahrzehnts (Abb. 2). Hier wirkt sich vor allem die demographische Entwicklung mit dem Eintritt geburtschwacher Jahrgänge ins Ausbildungsalter aus. Seit 1992 ist der Wert der Angebots-Nachfrage-Relation dagegen deutlich rückläufig und ging von 122 (1992) auf 108 (1994) zurück. Für das Ausbildungsjahr 1995 liegen noch keine endgültigen Zahlen vor, Jahresendstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit lassen jedoch einen weiteren Rückgang des Wertes in den alten Ländern auf etwa 105 erwarten. Als Folge dieser Tendenz sind bereits deutliche sektorale Defizite vor allem in Dienstleistungsberufen erkennbar. Der zahlenmäßige Angebotsüberhang resultiert aus einem Überschuss in Fertigungsberufen. Für die neuen Länder existieren erst seit 1992 verlässliche Zahlen, die Werte liegen hier deutlich unter denen für die alten Länder.

Die tatsächliche Problemlage im östlichen Deutschland ist jedoch mit diesen Zahlen, die rechnerisch in der Nähe eines zumindest insgesamt ausgeglichen Verhältnisses von Angebot und Nachfrage liegen, nicht vollständig erfaßt. In diesem Zusammenhang sind einige datentechnische Bemerkungen notwendig. Obwohl die Angebots-Nachfrage-Relation einen aussagekräftigen Indikator zur Lehrstellensituation darstellt, kommt es in extremen Situationen – wie z.B. einem starken Bewerberüberhang – zu einer erheblichen Untererfassung der tatsächlichen Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen, da nur die am Ende des Ausbildungsjahres – Ende September – als „nicht vermittelt“ definierten Bewerber Eingang in die Formel finden. Nicht berücksichtigt werden in dieser Definition Bewerber, die z. B. unter dem Eindruck der schlechten Lehrstellensituation im Laufe des Jahres andere Berufs- oder Ausbildungswege eingeschlagen oder sich vom Ausbildungsmarkt zurückgezogen haben. Bewerber, die eine Ersatzlösung akzeptiert haben, obwohl sie eigentlich einen betrieblichen Ausbildungsplatz wollten, erscheinen daher nicht mehr als Problem. Diese erhebungsbedingte Untererfassung des tatsächlichen Bedarfs ist vor allem in den neuen Ländern von Bedeutung. Dies wird in *Abbildung 3* deutlich, wo neben den Werten von Angebot und Nachfrage, wie sie in die Definition der Angebots-Nachfrage-Relation einfließen, als Vergleichsgröße die absolute Zahl

der bei den ostdeutschen Arbeitsämtern registrierten Lehrstellenbewerber dargestellt ist.

Der Vergleich von Angebot und Nachfrage zeigt eine weitgehend ausgeglichene Lehrstellenbilanz, auch wenn 1995 hier eine leichte Tendenz zu einem Nachfrageüberhang festzustellen ist. Ein Vergleich von Bewerberzahl und Angebot

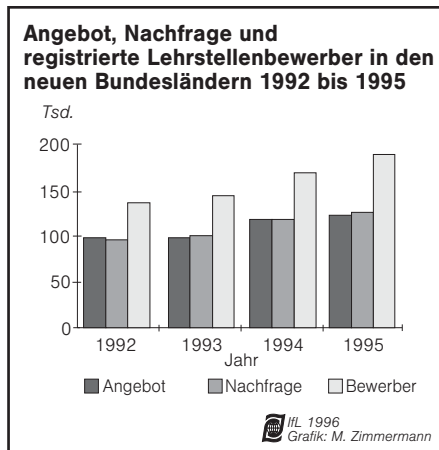


Abb. 3: Angebot, Nachfrage und registrierte Lehrstellenbewerber in den neuen Ländern
Quelle: Berufsbildungsbericht 1995; eigene Berechnung

weist dagegen auf eine erhebliche *Lehrstellenlücke* hin. Zwischen 1992 und 1995 ist diese Lücke von etwa 40 Tsd. auf 68 Tsd. angestiegen.

Nicht alle der nicht in eine betriebliche Ausbildung vermittelten Bewerber sind unbedingt als Problemfälle zu betrachten, für einige war die Bewerbung auf eine betriebliche Lehrstelle nur eine unter verschiedenen Ausbildungsalternativen. Eine große Anzahl Jugendlicher bewirbt sich jedoch erfahrungsgemäß nach dem Absolvieren einer schulischen Maßnahme oder einer anderen „Warteschleife“ nach ein oder zwei Jahren wieder um eine betriebliche Ausbildungsstelle.

Lehrstellensituation 1994 und 1995

Die Karte *Lehrstellensituation 1994* (siehe Kartenbeilage) stellt die Problematik regional differenziert auf der Ebene der Arbeitsamtsbezirke dar. Deutlich erkennbar ist, daß sich die Versorgung der Jugendlichen mit Lehrstellen in den letzten Jahren erheblich verschlechtert hat; so ist die Angebots-Nachfrage-Relation an Berufsausbildungsstellen bundesweit von 119 im Jahre 1992 auf rd. 106 angebotene Plätze pro 100 Nachfrager im Jahr 1994 zurückgegangen. Mit dem regionalen Rückgang der Angebots-Nachfrage-Relation und dem ungünstigen Verhältnis

innerhalb bestimmter Berufsbereiche einzelner Regionen wird die Wahl der Berufsausbildung für Jugendliche vor Ort immer weiter eingeschränkt. Die Ausbildungssituation ist daher regional sehr unterschiedlich und nicht nur zwischen den alten und neuen Ländern bestehen deutliche Disparitäten. Eine besonders ungünstige Lehrstellensituation weist der Nordosten Deutschlands auf. Im Arbeitsamtsbezirk Neubrandenburg beispielsweise kamen im Jahr 1994 auf 100 Ausbildungsplatzsuchende lediglich 94 Stellen. Damit hat sich die Angebots-Nachfrage-Relation im Vergleich zum Jahr 1992 um rd. 5 % verschlechtert. Noch deutlichere Rückgänge verzeichneten einzelne westdeutsche Arbeitsamtsbezirke wie beispielsweise Emden, Bremen, Helmstedt, Gelsenkirchen, Duisburg und Kaiserslautern, wo die Angebots-Nachfrage-Relation deutlich unter 100 sank. Regionen mit positiver Lehrstellensituation befinden sich vor allem im Süden und Westen Deutschlands, obwohl es auch hier zu teilweise gravierenden Rückgängen der Angebots-Nachfrage-Relation gekommen ist. Die günstigsten Relationen mit mehr als 130 bestehen in den Arbeitsamtsbezirken Nagold, Ingolstadt, Deggendorf und Weilheim.

Das duale Ausbildungssystem der Bundesrepublik Deutschland steht auf dem Prüfstand, denn allein in den neuen Ländern ist der Anteil der staatlich geförderten Lehrstellen bereits auf 60 % angestiegen. Von den insgesamt über 70 Tsd. staatlich geförderten Ausbildungsplätzen des Jahres 1994 sind rd. 26 Tsd. außerbetrieblich. Die Karte *Lehrstellensituation 1994* zeigt die regionale Verteilung der insgesamt rd. 17 Tsd. außerbetrieblichen Ausbildungsstellen, die im Rahmen der *Gemeinschaftsinitiative Ost (GI-Ost)* für das Jahr 1994 geschaffen worden sind. Deutlich ragen dabei die Arbeitsamtsbezirke Neubrandenburg, Rostock und Bautzen heraus. Die zunehmende Anzahl der betriebsfernen Ausbildungsplätze ist ein Indiz für eine akute Fehlentwicklung auf dem Berufsausbildungsmarkt in den 90er Jahren, die möglicherweise erhebliche negative gesellschafts- und wirtschaftspolitische Folgen haben kann. Aus Sicht der arbeitssuchenden Jugendlichen sollten möglichst viele wohnortnahe betriebliche Lehrstellen unterschiedlicher Branchen zur Verfügung stehen.

Für das Vermittlungsjahr 1995 lassen sich noch keine regionalisierten Angaben über die Angebots-Nachfrage-Relation

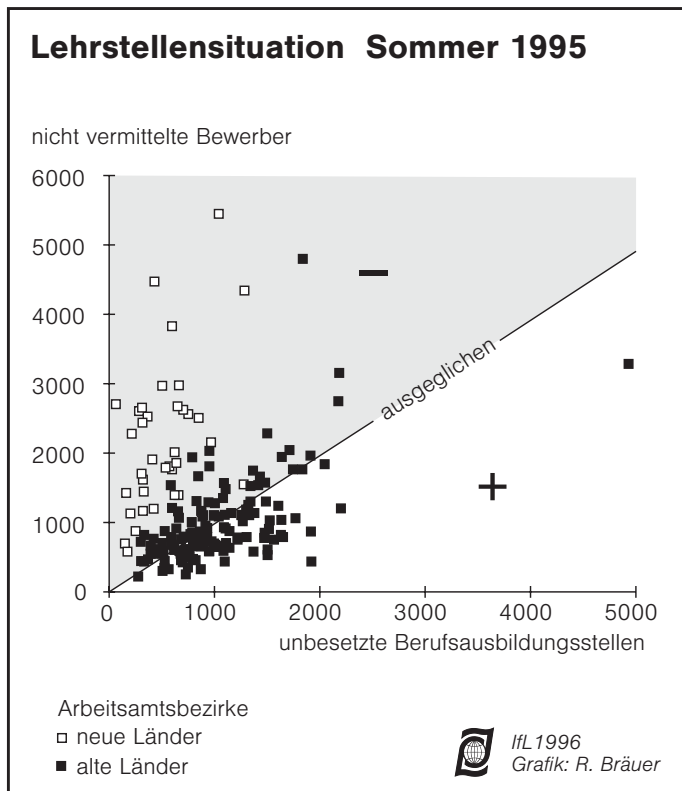


Abb. 4: Lehrstellensituation 1995
 Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (unveröffentlichte Daten)

machen. Es ist jedoch möglich, aus den Jahresendangaben der Bundesanstalt für Arbeit zu offenen Stellen und noch nicht vermittelten Bewerbern Regionen mit Angebotsüberhang oder -defizit an Ausbildungsplätzen entsprechend der Angebots-Nachfrage-Relation zu bestimmen. In den alten Ländern zeigt sich für 1995 ein ähnliches Raummuster wie im Vorjahr (Abb. 6). Es ist allerdings eine leichte Zunahme der Arbeitsamtsbezirke mit negativer Bilanz feststellbar (z.B. die hessischen Arbeitsamtsbezirke Wetzlar, Hanau und Kassel). Im östlichen Deutschland ist bei den sächsischen Arbeitsamtsbezirken – die durchgehend Arbeitsplatzdefizite aufweisen – zu berücksichtigen, daß in diesem Bundesland ein Sonderweg bei der Schaffung zusätzlicher außerbetrieblicher Ausbildungsplätze beschritten worden ist, auf den später noch eingegangen wird. Die kurzfristige Einführung des besonderen sächsischen Ansatzes der Förderung bedingt, daß die Lehrstellen erst nach Ende des Ausbildungsjahres 1995 eingerichtet wurden und deshalb hier noch nicht berücksichtigt werden konnten.

Die Angaben zur Lehrstellensituation im Sommer 1995 (Abb. 4) zeigen die den Arbeitsämtern gemeldeten unbesetzten Berufsausbildungsstellen und die noch nicht vermittelten Bewerber am 30. Juni

1995, also drei Monate vor Ende des Vermittlungsjahres. Insgesamt liegen zu diesem Zeitpunkt noch rd. 167 Tsd. unbesetzte Ausbildungsstellen und 220 Tsd. nicht vermittelte Bewerber vor. In den alten Ländern besteht, trotz erheblicher regionaler Disparitäten ein insgesamt nahezu ausgeglichenes Zahlenverhältnis. In den neuen Ländern geht die Schere dagegen weit auseinander (vergl. Abb. 6).

Auf lediglich rund 18 Tsd. offene Ausbildungsstellen kommen etwa 78 Tsd. Bewerber. Extrem ungünstig ist die Lehrstellensituation in den sächsischen Arbeitsamtsbezirken Bautzen und Pirna, wo zehnmal so viele Bewerber wie offene Lehrstellen gemeldet sind. Eine Ausbildungsplatzlücke besteht auch in einigen Arbeitsamtsbezirken in den alten Ländern, so z. B. im Ruhrgebiet, in Hamburg oder in Hessen, wo insbesondere Kassel herausragt.

Das Verhältnis von offenen Stellen und nicht vermittelten Bewerbern hat sich in den alten Ländern von Juni 1995 bis zum Ende des Ausbildungsjahres nur wenig verändert. Regionen, die im Sommer stärkere Angebotslücken aufwiesen, erscheinen in der Regel auch in der Jahresendbilanz als defizitär. Eine Ausnahme stellt hier Hamburg dar. Hierzu ist zu bemerken, daß Hamburg einen hohen Anteil von Lehrstellenbewerbern auf-

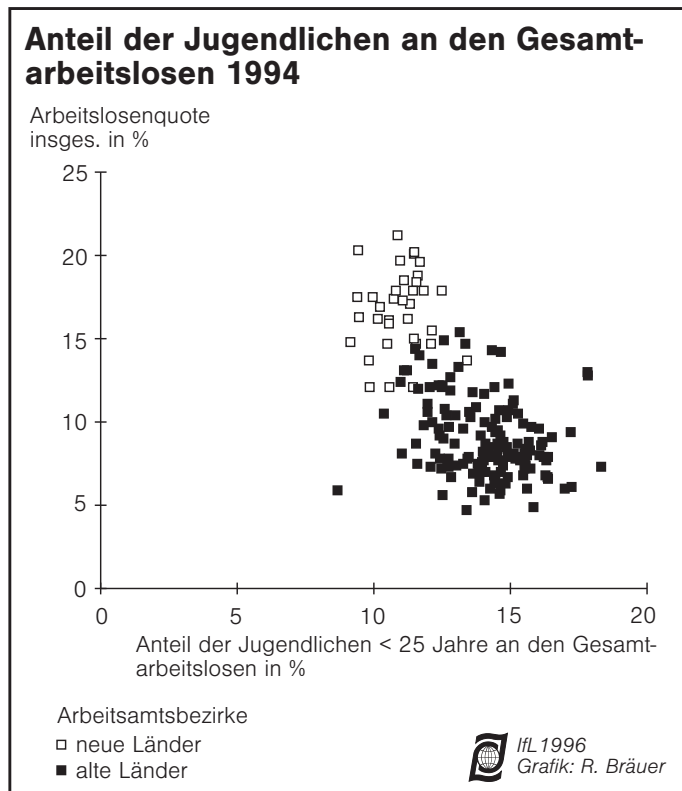
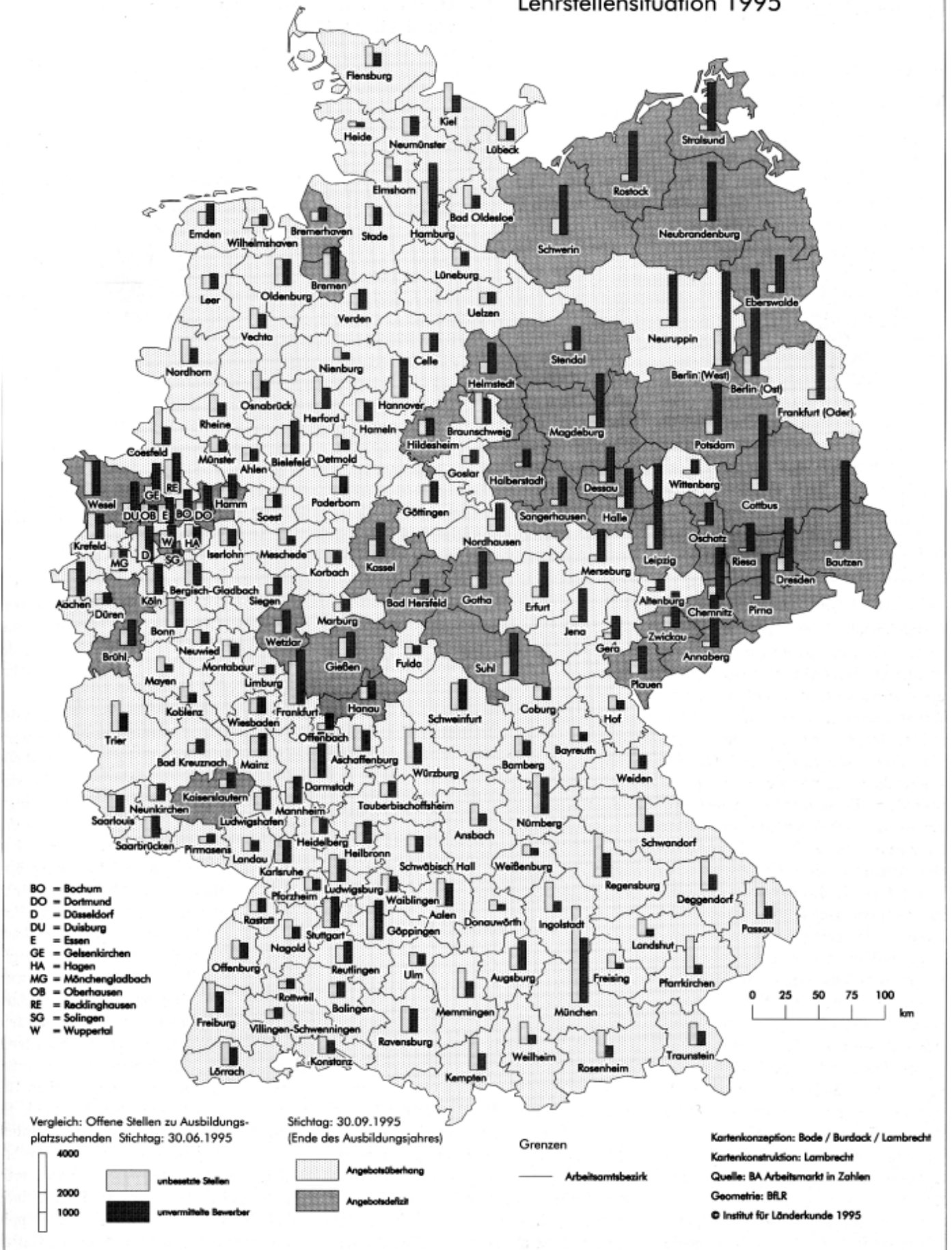


Abb. 5: Anteil der Jugendlichen an den Gesamt- arbeitslosen 1994
 Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (unveröffentlichte Daten)

weist, die studienberechtigt sind. Es ist zu vermuten, daß sich viele Abiturienten nach anfänglichen Mißerfolgen bei der Lehrstellensuche dann doch für einen Studienplatz entschieden haben.

Anders verlief die Entwicklung in den neuen Ländern. Während die Jahresendbilanz 1995 nur ein Defizit von 4.600 Ausbildungsplätzen aufwies, stellte sich die Situation während des Vermittlungsjahres wesentlich kritischer dar, da das Defizit – wie oben erwähnt – Ende Juni noch etwa 60 Tsd. Ausbildungsplätze betrug. Diese Ausbildungsplatzlücke wurde größtenteils nicht durch eine Vermittlung der Bewerber in neu gemeldete betriebliche Ausbildungsplätze ausgeglichen – denn Zugänge an neuen Bewerbern und neugemeldete betriebliche Ausbildungsplätze hielten sich zwischen Juni und September die Waage – sondern durch eine Reduktion der Nachfrage. Ein großer Teil der bis Juni nicht vermittelten Bewerber hat sich unter dem Eindruck der schlechten Angebotslage offensichtlich für einen anderen Berufs- oder Ausbildungsweg entschieden. Besonders markante Beispiele für diese Entwicklung sind die Arbeitsamtsbezirke Neuruppin und Frankfurt/Oder, wo das hohe Defizit im Juni zu einem positiven Wert im September wurde. Etwa ein Viertel des Defizits in den neuen Ländern konnte durch

Lehrstellensituation 1995



die von Bund und Ländern finanzierten, zusätzlichen außerbetrieblichen Ausbildungsplätze der *GI-Ost* ausgeglichen werden.

Probleme von „zweiter Schwelle“ und Jugendarbeitslosigkeit

Nach abgeschlossener Lehre werden die Jugendlichen mit der „zweiten Schwelle“ auf dem Weg ins Berufsleben konfrontiert: der Suche nach einem dauerhaften und qualifikationsgerechten Arbeitsplatz. Die Quote der Ausbildungsabsolventen, die von ihrem Betrieb ein Übernahmeangebot erhalten, ist in den neunziger Jahren rückläufig. Viele Absolventen bekommen auch nur noch ein befristetes Übernahmeangebot. In den neuen Ländern blieben 1993 mehr als die Hälfte der Absolventen ohne ein befristetes oder unbefristetes Übernahmeangebot (BMBF 1995). Angesichts dieser Situation ist es nicht verwunderlich, daß der Anteil der Jugendlichen, die nach abgeschlossener Lehre arbeitslos werden, ansteigt (1992: 12,6 %; 1993: 17,1 %). Sollte sich dieser Prozeß fortsetzen, so hätte dies nicht nur negative sozial-, sondern auch wirtschaftspolitische Konsequenzen (*vergl. Abb. 7*).

che Folge wäre, daß die sozioökonomischen Disparitäten zwischen west- und ostdeutschen Regionen zunehmen. Insgesamt standen im früheren Bundesgebiet 1994 etwa 3,26 Mio. beschäftigte Jugendliche unter 25 Jahren rd. 344,5 Tsd. Arbeitslosen der gleichen Altersgruppe gegenüber, während für die neuen Länder (einschl. Berlin/Ost) 700 Tsd. Beschäftigte und 121,5 Tsd. Arbeitslose registriert wurden (Bundesanstalt für Arbeit 1995).

Die folgenden datenbezogenen Aussagen wurden auf der Grundlage der amtlichen Jugendarbeitslosenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit getroffen. Berücksichtigt werden in dieser Statistik die Jugendlichen unter 25 Jahren, die sich beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet haben. Dazu zählen die Jugendlichen, die eine Lehre abgebrochen oder nicht erfolgreich abgeschlossen haben, nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung nicht weiterbeschäftigt worden sind oder eine Kündigung aus einem bestehenden Arbeitsverhältnis erhalten haben. Darüber hinaus zählen auch die jungen Menschen dazu, die nach Abschluß ihrer Schulausbildung (einschließlich Berufsfachschu-

haben oder im elterlichen Haushalt „beschäftigt“ sind⁷.

Die *Karte Jugendarbeitslosigkeit 1994* (siehe Kartenbeilage) zeigt, daß deutliche regionale Disparitäten in der Bundesrepublik Deutschland auftreten. Hohe Jugendarbeitslosigkeit besteht vor allem in den neuen Ländern sowie in altindustriellen Problemregionen – im Saarland, im Ruhrgebiet und an der Küste. In den neuen Ländern existieren teilweise deutliche regionale Unterschiede hinsichtlich des Niveaus der Arbeitslosigkeit. Die höchste Jugendarbeitslosigkeit weisen die Arbeitsamtsbezirke Dessau (17,9 %) und Sangerhausen (17,1 %) in Sachsen-Anhalt sowie Altenburg (17,1 %) in Thüringen auf. In einigen ostdeutschen Großstadtreionen (Arbeitsamtsbezirke Dresden und Potsdam) besteht dagegen auch im bundesweiten Vergleich eine günstigere Situation auf dem regionalen Arbeitsmarkt. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt hier beispielsweise deutlich unter der der Arbeitsamtsbezirke Wilhelmshaven (13,6 %) und Duisburg (14,2 %). In Süddeutschland ist der Arbeitsmarkt für Jugendliche am günstigsten, die Arbeitslosenquote liegt hier deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Disparitätsmuster der Jugendarbeitslosigkeit korrelieren in Deutschland mit denen der Gesamtarbeitslosigkeit. Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit ist jedoch in den meisten Arbeitsamtsbezirken niedriger als die der Gesamtarbeitslosigkeit. In einer Reihe von nord- und westdeutschen Großstadtreionen wie Essen, Hamburg oder Kiel liegt sie jedoch darüber.

Hinsichtlich des Anteils der arbeitslosen Jugendlichen an den Gesamtarbeitslosen bestehen deutliche Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Regionen. Zwar sind die östlichen Regionen durch überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet, doch liegt der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen erheblich niedriger als in den meisten westlichen Regionen (*vergl. Abb. 5*).

Ein deutlicher Ost-West-Gegensatz besteht auch bei der Geschlechterproportion. In den neuen Ländern überwiegt die weibliche Arbeitslosigkeit; in den alten Ländern sind die männlichen Arbeitslosen unter den Jugendlichen in der Überzahl. Die höhere Arbeitslosigkeit junger

⁷ WEIDACHER (1976) vermutet, daß in vielen Gemeinden bestenfalls ein Drittel der faktisch arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren von der Statistik der Arbeitsverwaltung als arbeitslos ausgewiesen wird.

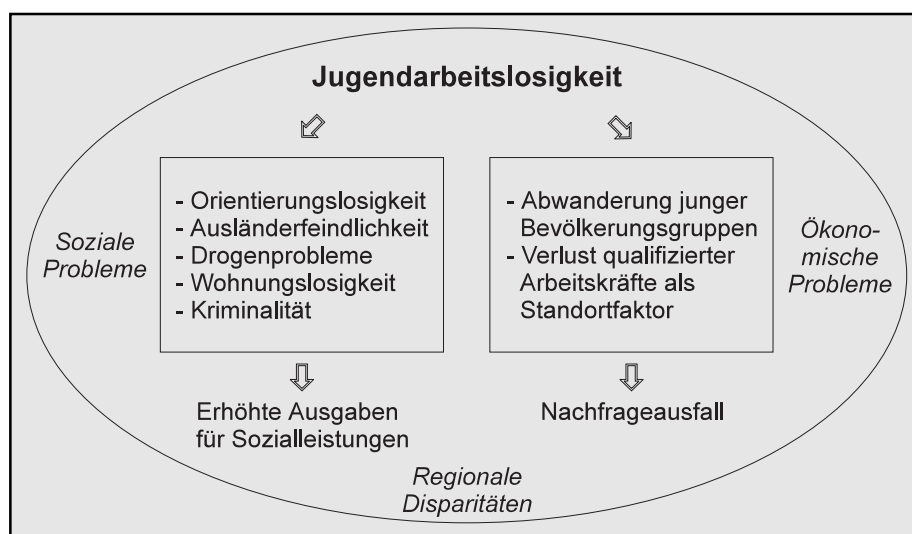


Abb. 7: Mögliche Folgen von Jugendarbeitslosigkeit

Quelle: BOETEL 1994, leicht verändert

Arbeitslosigkeit nach Abschluß der Ausbildung führt einerseits dazu, daß keine fundierten Berufserfahrungen erworben werden können und damit mittelfristig die berufliche Qualifizierung in Frage gestellt wird. Andererseits besteht das Problem, daß gut ausgebildete Berufsanfänger aus der Region abwandern. Stärkere Abwanderungen junger Fachkräfte können langfristig zum *Brain Drain* und somit zu einem Humankapitaldefizit in bestimmten Regionen führen. Eine mögli-

le) oder Hochschulausbildung keine Arbeitsstelle angetreten haben. Die amtliche Statistik weist jedoch Defizite auf, da Jugendliche, die sich in berufsvorbereitenden und in Fort- und Umschulungsmaßnahmen befinden, sowie diejenigen, die sich nicht als arbeitslos registrieren lassen, nicht erfaßt werden. Zur zweiten Gruppe zählen u.a. Jugendliche, die ohne Beteiligung des Arbeitsamtes eine Stelle suchen, keinen Anspruch auf Unterstützung nach dem Arbeitsförderungsgesetz

Frauen in den neuen Ländern basiert zum großen Teil auf der höheren Frauenbeschäftigungsrate aus DDR-Zeiten sowie einer im Vergleich zu Westdeutschland immer noch höheren Quote von Mädchen, die ins Berufsleben streben.

Für die Bundesrepublik Deutschland lassen sich im internationalen Vergleich relativ niedrige Werte der Jugendarbeitslosigkeit feststellen (vergl. Karte auf der Umschlagrückseite dieses Heftes). Als Gründe hierfür sind neben der volkswirtschaftlichen Situation auch die Leistungsfähigkeit des beruflichen Ausbildungssystems und der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes (z.B. Vorruhestandsregelungen) zu nennen. Geringe Jugendarbeitslosigkeit findet sich auf internationaler Ebene in der Regel in Regionen mit höherer Wirtschaftskraft, so z. B. in der Ile de France und dem Elsaß in Frankreich, in Norditalien, in Südostengland sowie in der Grampian Region (Erdölförderung) in Schottland. In Portugal steht die geringe Jugendarbeitslosigkeit im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in den achtziger Jahren (Auslandsinvestitionen) und der Entlastung des Arbeitsmarktes durch eine hohe Anzahl von im Ausland arbeitenden Portugiesen. Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit liegen dagegen vor allem in wirtschaftlichen Problemgebieten an der europäischen Peripherie, insbesondere in Südspanien (Andalusien, Estremadura) und Süditalien (z. B. Kalabrien, Sizilien). Neben den peripheren Regionen sind es überwiegend altindustriell strukturierte Regionen (Eisen- und Stahlindustrie, Werften, Textilindustrie usw.), die eine hohe Jugendarbeitslosigkeit im Verhältnis zum jeweiligen nationalen Durchschnitt aufweisen. Zu nennen sind hier u.a. das West Midlands County (Birmingham) und Merseyside (Liverpool) in Großbritannien, das Baskenland (Bilbao) und Asturien (Gijón) in Spanien und die Provinz Hainaut in Belgien. Eine unzureichende Substitution alter Industrien durch neue Wachstumsbranchen führt hier zu mangelhaften beruflichen Chancen der Jugendlichen.

Leipzig: Fallbeispiel einer Problemregion beruflicher Ausbildung

Als Beispiel für eine Problemregion beruflicher Ausbildung in den neuen Ländern soll im folgenden die Situation im Leipziger Raum dargestellt werden. Zum Arbeitsamtsbezirk Leipzig gehören ne-

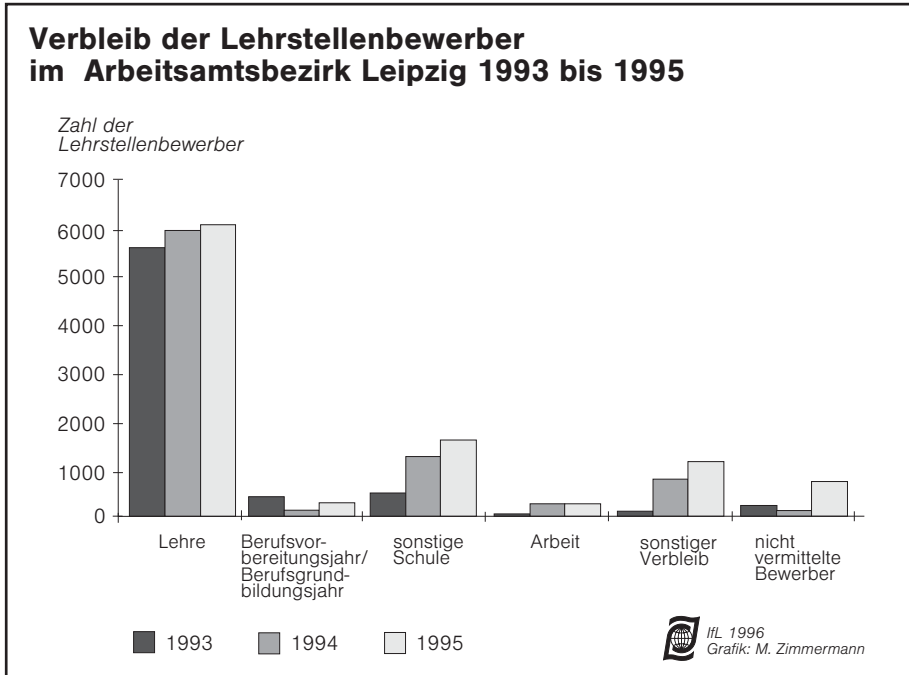


Abb. 8: Verbleib der Lehrstellenbewerber in der Region Leipzig 1993-1995

Quelle: Arbeitsamt Leipzig

ben der Stadt und dem Landkreis Leipziger Land auch der Muldentalkreis und der Landkreis Delitzsch. Der Arbeitsamtsbezirk umfaßt damit eine Fläche von 2.800 km² mit über 930 Tsd. Einwohnern. Die räumliche Bezugseinheit für Fördermaßnahmen ist jedoch in der Regel der Regierungsbezirk, der wiederum identisch mit dem Leipziger Kammerbezirk der Industrie und Handelskammer (IHK) ist. Er hat eine Fläche von 4.389 km² mit 1,15 Mio. Einwohnern und umfaßt neben dem Arbeitsamtsbezirk Leipzig auch den Arbeitsamtsbezirk Oschatz.

Wie andere Regionen in den neuen Ländern ist auch der Leipziger Raum von quantitativen und qualitativen Ausbildungsplatzdefiziten und Jugendarbeitslosigkeit betroffen. Vor allem der Um- und Abbau der industriellen Basis, verbunden mit Unternehmensschließungen und starken Arbeitsplatzverlusten, führte zu einer Einschränkung des Ausbildungsplatzangebotes. Erhebliche Zuwächse an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen sind dagegen im Handwerk zu verzeichnen. In den neuen Ländern stieg die Zahl der jährlich abgeschlossenen Ausbildungsverträge in diesem Wirtschaftssektor von 1992 bis 1995 um 40 % (HÖPFNER 1995). Der Aufschwung im Dienstleistungssektor hat sich dagegen noch nicht in hinreichendem Maße in einem entsprechenden Lehrstellenangebot niederschlagen. So erreicht z.B. das Ausbildungsplatzangebot in den freien Berufen

mit 7 % erst die Hälfte des Anteils in den alten Bundesländern (BMBF 1995).

Einen Eindruck der Problemdimensionen auf dem Lehrstellenmarkt in der Leipziger Region vermitteln die Angaben zum Verbleib der registrierten Lehrstellenbewerber (Abb. 8). Lediglich 55 % der rd. 10 Tsd. Bewerber sind 1995 in einen betrieblichen Ausbildungsplatz vermittelt worden, und weitere 6,0 % erhielten einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz. Hervorstechend ist hier vor allem die steigende Zahl der nicht auf einen beruflichen Ausbildungsplatz vermittelten Bewerber.

Vor allem einige schulische Maßnahmen haben für die Jugendlichen eher die Funktion einer Warteschleife. Dies gilt besonders für die einjährigen Maßnahmen, wie z.B. dem Berufsvorbereitungsjahr oder dem Berufgrundbildungsjahr und teilweise auch für den Besuch ganztägiger Berufsfachschulen. Viele Teilnehmer reihen sich demzufolge nach dem Schulabschluß wieder in die Bewerber-schlange für einen betrieblichen Ausbildungsplatz ein. Bei rund einem Viertel der Bewerber des Jahres 1995 handelt es sich daher um „Altbewerber“ aus vorangegangenen Jahren.

Schwer zu interpretieren ist in diesem Zusammenhang die heterogene Kategorie des „sonstigen Verbleibs“: Gemeint sind Jugendliche, die zunächst ihren Wehr- oder Ersatzdienst ableisten, solche die abgewandert sind oder die Suche nach

Ausbildungsberuf	Bewerber	Lehrstellen
Einzelhandelskaufmann/-frau	849	610
Bürokaufmann/-frau	796	468
Maurer	589	475
Bankkaufmann/-frau	477	122
Hotelfachmann/-frau	399	34
Kfz-Mechaniker	381	213
Arzt-/Zahnarzthelfer	360	173
Maler/Lackierer	298	309
Industriekaufmann/-frau	257	109
Koch/Köchin	250	135

Tab. 1: Stark nachgefragte Ausbildungsberufe in der Region Leipzig 1995

Quelle: Arbeitsamt Leipzig

einer Lehrstelle aufgegeben haben und sich nicht mehr beim Arbeitsamt gemeldet haben. Deutlich angestiegen ist zwischen 1993 und 1995 die Zahl der bis zum Ende des Ausbildungsjahres nicht vermittelten Bewerber.

Vor allem fehlen Ausbildungsplätze im Dienstleistungsbereich. Damit gestaltet sich die Lehrstellensuche für Mädchen besonders problematisch. Selbst bei in Westdeutschland wenig gefragten Tätigkeiten wie Zahnarzthelfer(in) oder Ein-

der nach den Modellvorstellungen des Dualen Ausbildungssystems Aufgabenbereich der Arbeitgeberseite ist. Ziel dieser Maßnahmen ist es, vor allem das Lehrstellenangebot zu verbessern. Die Art der Förderung ist in den neuen Ländern unterschiedlich. In Sachsen und damit auch im Leipziger Raum sind in diesem Zusammenhang vier Förderprogramme zu nennen: die *Gemeinschaftsinitiative-Sachsen (GI-Sachsen)*, die *Berufsausbildungsplatzförderung*, die *Ausbildungsverbundförderung* und das *Mobilitätshilfeprogramm* (vergl. Tab. 2).

Bei der GI-Sachsen handelt es sich um den sächsischen Sonderweg der GI-Ost 1995. Die GI-Sachsen versucht, den außerbetrieblichen Ansatz des Bund-Länder-Programms durch eine „betriebsnahe Ausbildung“ zu ergänzen. Der Erfolg dieser Strategie hängt davon ab, ob es gelingt, nach der außerbetrieblichen Unter-

Programm	Zahl der geförderten Lehrstellen	Förderungsvolumen je Ausbildungsplatz in DM (3-jährige Laufzeit)	Art der Förderung und Zuwendungsgeber
GI-SA	425	59.000	Vollförderung, Bund und Freistaat Sachsen
BAP	3.071	9.000-18.000	Zuschuß, EU und Freistaat Sachsen
AV	etwa 200	etwa 5.000	Zuschuß, EU und Freistaat Sachsen
MOBI	etwa 200	10.800	Darlehen oder Zuschuß, Freistaat Sachsen

GI-SA=Gemeinschaftsinitiative Sachsen

BAP=Berufsausbildungsplatzförderung

AV=Ausbildungsverbundförderung

MOBI=Mobilitätshilfeprogramm

Tab. 2: Ausbildungsplatzförderung im Regierungsbezirk Leipzig 1995

Quelle: Regierungspräsidium Leipzig; eigene Berechnung

Die branchenspezifische Angebots- und Nachfragesituation zeigt erhebliche qualitative und quantitative Defizite des Ausbildungsplatzangebotes auf. In *Tabelle 1* sind Angebot und Bewerberzahl für die zehn am meisten nachgefragten Ausbildungsberufe dargestellt⁸.

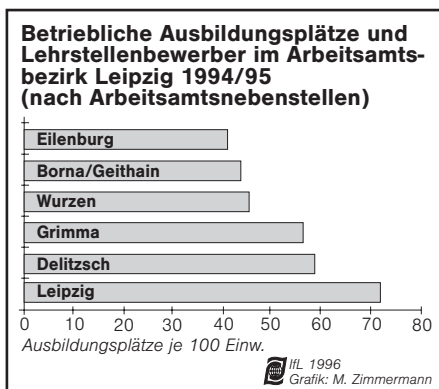


Abb. 9: Betriebliche Ausbildungsplätze und Bewerber in der Region Leipzig 1994/95

Quelle: Arbeitsamt Leipzig; eigene Berechnung

zelhandelskaufmann/-frau ist ein starker Nachfrageüberhang festzustellen. Eine günstigere Situation besteht im Handwerksbereich, insbesondere mit Berufsausbildungen, die mit dem Baugewerbe zusammenhängen.

Die Aufschlüsselung des Lehrstellenangebots nach Arbeitsamtsnebenstellen läßt in der Region deutliche intraregionale Disparitäten bei der Versorgung mit Ausbildungsplätzen erkennen. In der Stadt und dem Landkreis Leipzig ist die Relation zwischen Bewerbern und angebotenen Ausbildungsplätzen insgesamt deutlich günstiger als in den peripheren Landkreisen (vergl. Abb. 9)⁹. Dies kann wohl als Ergebnis der stärkeren Wirtschaftsdynamik in der Großstadtregion gewertet werden.

Die Engpässe in der betrieblichen Ausbildung der neuen Länder haben zu einem verstärkten Engagement von Bund und Ländern geführt. Der Staat wird hier also in einem Bereich mit Fördermitteln aktiv,

weisung im 1. Lehrjahr einen Lehrbetrieb für die praktische Ausbildung im 2. und 3. Lehrjahr zu finden. Ein Nachteil dieses Förderweges sind die hohen Kosten und die bisher schlechten Chancen von außerbetrieblich ausgebildeten Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt. Als wichtigster Vorteil ist wohl zu nennen, daß ein zusätzliches Ausbildungsangebot geschaffen wird. Im Rahmen der Berufsausbildungsplatzförderung werden die Betriebe finanziell unterstützt, die „überdurchschnittlich“ viele Lehrlinge einstellen. Diese arbeitsmarktpolitische Maßnahme stellt mit über 3 Tsd. geförderten Lehrstellen im Regierungsbezirk Leipzig das

⁸ Es handelt sich bei den in *Tabelle 1* dargestellten Zahlen um Angaben der Geschäftsstatistik des Arbeitsamtes Leipzig. Die tatsächliche Lehrstellenzahl kann hier von abweichen.

⁹ Die Daten sind nach Arbeitsamtsnebenstellen ausgewiesen, die in ihrer Abgrenzung im wesentlichen den Landkreisen vor der Kreisreform Mitte der neunziger Jahre entsprechen; Stadt und Landkreis Leipzig werden zusammengefaßt dargestellt.

umfangreichste Programm dar. Einen innovativen Ansatz stellt die Förderung von Ausbildungsverbänden dar. Kleinbetrieben, die normalerweise nicht in der Lage sind, Lehrlinge auszubilden (fehlende Ausbildungsberechtigung, personelle bzw. infrastrukturelle Engpässe usw.), wird so ermöglicht, Ausbildungsteile, die sie nicht abdecken können, gemeinsam (arbeitsteilig) mit anderen Betrieben durchzuführen. Zur Zeit werden etwa 40 Verbände im Leipziger Raum gefördert und damit zusätzliches Ausbildungspotential mobilisiert. Politisch heftig umstritten ist das Mobilitätshilfeprogramm. Mit diesem Programm wird nicht das Angebot durch zusätzliche Ausbildungsplätzen erhöht, sondern in gewisser Weise die Nachfrage in Sachsen durch Abwanderung in andere Bundesländer reduziert. Unter Berücksichtigung der kurz vorgestellten Programme werden in der Leipziger Region derzeit etwa ein Drittel der neuen Ausbildungsplätze gefördert.

Schlußbemerkungen

Die angespannte Lehrstellensituation und Jugendarbeitslosigkeit stellen derzeit brisante Probleme von gesellschaftspolitischer Bedeutung dar. Die Entwicklung in Leipzig und anderen Arbeitsmarktregionen in den neuen Ländern zeigt, daß das *Duale System* (noch) nicht in der Lage ist, ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen bereitzustellen. Nur durch massiven Einsatz staatlicher Mittel kann derzeit ein Teil des Lehrstellendefizits ausgeglichen werden. Ein weiterer Teil des Defizits wird durch Reduktion der Nachfrage abgebaut: also durch eine Kanalisierung der Bewerber in schulische oder berufliche Alternativen. Mit großer Sicherheit ist davon auszugehen, daß der überwiegende Teil dieser Alternativen jedoch – unter den derzeitigen Rahmenbedingungen – den Charakter von „Warteschleifen“ hat, nach deren Durchlaufen die Jugendlichen wiederum einen betrieblichen Ausbildungsplatz nachfragen. Da sich in Ostdeutschland gegenwärtig geburtenstarke Jahrgänge im Übergang von der Schule ins Berufsleben befinden, ist davon auszugehen, daß sich die angespannte berufliche Ausbildungssituation zukünftig noch verschärfen wird und somit mittelfristig staatliche Programme auch weiterhin erforderlich sein werden. Zur Sicherstellung eines ausreichenden

Ausbildungsplatzangebotes sollte über Modelle bzw. zusätzliche arbeitsmarktpolitische Instrumente nachgedacht werden, die wieder verstärkt auf die Verantwortung der Unternehmen zielen. Branchenspezifische bzw. regionsbezogene Fonds – gespeist aus Mitteln der Wirtschaft – könnten eine Ergänzung der einzelbetrieblichen Ausbildungsfinanzierung darstellen und die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe erhöhen¹⁰.

Die staatlichen Fördermittel – in Sachsen für das Jahr 1995 fast 100 Mio. DM – haben ein Niveau erreicht, das kaum noch steigerungsfähig erscheint. Sinnvoller als die Finanzierung teurer *ad hoc* Programme für außerbetriebliche Ausbildung erscheint es, die vorhandenen Mittel gebündelt für ein kontinuierliches Angebot betrieblicher Lehrstellen einzusetzen und verstärkt *betriebliche Ausbildungspotentiale* beispielsweise durch Förderung von Ausbildungsverbänden zu unterstützen, etwa auch durch Einrichtung einer Vermittlungsbörse für diese Verbände. Erfahrungsgemäß haben betrieblich ausgebildete Jugendliche bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt als Absolventen außerbetrieblicher Maßnahmen. Daher sollte auch im Sinne der Jugendlichen die betriebliche Form der Berufsausbildung im Rahmen der Subventionierung von Ausbildungsplätzen durch die öffentliche Hand absolute Priorität haben.

Regionale Arbeitsmarktforschung geht im Rahmen von Wirtschaftsprognosen davon aus, daß trotz der aktuellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt von einem mittelfristigen Facharbeitskräftemangel auch in den neuen Ländern auszugehen ist. Das Angebot an Ausbildungsplätzen muß sich deshalb – auch im Interesse der Wirtschaft – nicht an kurzfristigen Engpässen, sondern am mittel- und langfristigen Bedarf orientieren. Der Mangel an Facharbeitskräften könnte sich sonst innerhalb des nächsten Jahrzehnts als Hemmschuh der regionalen Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern herausstellen.

Literatur:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (1993): Berufliche Weiterbildung als Faktor der Regionalplanung. Forschungs- und Sitzungsberichte 191. Hannover.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (1988a): Analyse regionaler Arbeitsmarktprobleme. Forschungs- und Sitzungsberichte 168. Hannover.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (1988b): Politikansätze zu regionalen Arbeitsmarktproblemen. Forschungs- und Sitzungsberichte 178. Hannover.

BÖTEL, C. (1994): Regionale Ansätze und ihre Umsetzung: Reichweite und Grenze regionaler Kooperationen. In: Friedrich Ebert Stiftung (1994b), S. 117-136.

BOLLMANN, J. (Hrsg.) (1984): Arbeitsmarkt-Atlas Bundesrepublik Deutschland. Arbeitslosigkeit, Ausbildung und Wirtschaft im regionalen Vergleich. Bonn-Bad Godesberg.

BRAUN, F. (1990): Jugendarbeitslosigkeit, Jugendkriminalität und städtische Lebensräume. (DJI-Dokumentation). München.

Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.) (1995): „Arbeitsmarkt in Zahlen. Berufsberatung Ausbildungsmarkt“. Berichtsmonat: Juni 1995. Nürnberg.

Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.) (1994): Laufende Raumbewertung Europa. Daten zur Struktur und Entwicklung der Regionen der Europäischen Union. Materialien zur Raumentwicklung, H. 71. Bonn.

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1995, 1994 und 1993. Bonn.

DEGEN, U. (1994): Zum Übergang von Jugendlichen nach Abschluß der beruflichen Erstausbildung in eine Beschäftigung in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung. In: Friedrich Ebert Stiftung (1994b), S. 33-51.

DEGEN, U., & G. WALDEN (1994): Situation, Organisation und Gestaltung der betrieblichen Berufsausbildung in den neuen Ländern. In: Jansen (1994), S. 69-110.

DEGEN, U., et al. (Hrsg.) (1995): Berufsausbildung in den neuen Bundesländern – Daten, Analysen, Perspektiven. Berichte zur beruflichen Bildung, H. 180. Bielefeld.

DOBISCHAT, R. (1993): Analysen und Perspektiven regionalisierter Bildungsforschung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (1993), S.8-31.

DOBISCHAT, R., & H. WASSMANN (1985): Berufliche Weiterbildung, Arbeitsmarkt und Region. Frankfurt.

Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (1995): Wirtschaftsstandort Neue Bundesländer – Bildungsstandort Neue Bundesländer: Brauchen wir eine neue Ausbildungskultur? Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr. 57. Bonn.

Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (1994a): Das duale System der Berufsausbildung in der Sackgasse? Modernisierungsdruck und Reformbedarf. Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr. 26. Bonn.

Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (1994b): Ausbildung und Beschäftigung. Übergänge an der zweiten Schwelle. Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr. 28. Bonn.

Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (1992): Jugend und Arbeit, von der Schule in den

¹⁰ Eine überbetriebliche Finanzierungsart existiert bereits im Baugewerbe.

Beruf. Jugendausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit – Anfang und Gegenmaßnahmen. Leipzig.

GENSOR, S. (1994): Krisenphänomene und Reformbedarf der beruflichen Bildung. Sturkturdefizite und Übergangsprobleme. In: Friedrich Ebert Stiftung (1994a), S. 7-37.

Große Anfrage der PDS-Fraktion zum Thema „Berufsausbildung und Ausbildungsstellen-situation im Freistaat Sachsen“ vom 14.03.1995. (Sächsischer Landtag, 2. Wahlperiode, Drucksache 2/0657).

HÖPFNER, H.-D. (1995): Generelle und regionsspezifische Entwicklungen der Berufsausbildung in den neuen Bundesländern: Situation und Trends. In: Friedrich Ebert Stiftung (1995), S. 27-37.

JANSEN, R. (Hrsg.) (1994): Arbeitsmarkt und

Berufsausbildung in den neuen Bundesländern. Berichte zur beruflichen Bildung, H. 176. Bielefeld.

ROTHSCHILD, K. W. (1994): Theorien der Arbeitslosigkeit (2. Aufl.). München, Wien.

SCHOBER, K. (1994): Krise des dualen Systems? Berufliche Bildung im Spannungsfeld von Demographie, Bildungsverhalten und Beschäftigungsperspektive. In: Friedrich Ebert Stiftung (1994a), S. 9-19.

SUND, O. (1995): Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Förderung der beruflichen Bildung in den neuen Bundesländern. In: Friedrich Ebert Stiftung (1995), S. 93-104.

TESSARING, M. (1991): Tendenzen zum Qualifikationsbedarf in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2010. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1. Nürnberg.

WEISHAUPT, H. (Hrsg.) (1982): Sozialraum-analyse und regionale Bildungsplanung. Studien zur ökonomischen Bildungsforschung 8. Frankfurt.

WESTHOFF, G. (1994): Übergänge an der zweiten Schwelle und die berufliche Integration junger Fachkräfte in den ersten fünf Jahren. In: Friedrich Ebert Stiftung (1994b), S. 7-32.

Autoren:

PD Dr. JOACHIM BURDACK,
Dipl.-Geogr. VOLKER BODE,
Institut für Länderkunde,
Schongauerstr. 9,
D-04329 Leipzig.

Tagungen des IfL

Entwicklung der Verkehrsströme im Nordosten Europas

Im Rahmen der Messe „Verkehr + Logistik '96“ – Eröffnungsmesse der Leipziger Messe auf dem neuen Messegelände – fand am 17. Mai 1996 unter der wissenschaftlichen Leitung des Instituts für Länderkunde Leipzig (Dr. F. GRIMM) ein Fachseminar zum Thema „Entwicklung der Verkehrsströme im Nordosten Europas“ statt. Gleichzeitig erfolgte durch das IfL die Gestaltung und Betreuung eines speziellen Messestandes unter dem Motto „Nordosteuropa stellt sich vor“ (Dr. Th. RÖSSNER, Dr. G. TAEGE). Der Messestand des IfL führte in die Präsentationen der Gemeinschaftsstände ein, wo Aussteller aus Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Schweden, Polen, Rußland, Deutschland über gegenwärtige Transportwege informierten, damit verbundene Probleme und Alternativen aufzeigten, Leistungsangebote und Visionen des künftigen Verkehrs darstellten.

Das Seminar „Entwicklung der Verkehrsströme im Nordosten Europas“ bildete den fachlichen Rahmen und Hintergrund der Präsentationen zu Nordosteuropa an den Messeständen. Die Tagung, an der mehr als 100 Interessenten teilnahmen, fand im modernen Congress Center der neuen Leipziger Messe statt und bot den Referenten und Teilnehmern optimale Tagungsbedingungen. Das Seminar wurde von Herrn M. KOBER (Leipziger Messe GmbH) eröffnet.

Der erste Seminarteil widmete sich den generellen Perspektiven und Strategien der Regional- und der Verkehrsentwicklung im Nordosten Europas. Prof. Dr. LINDSTRÖM (Direktor des Nordischen Forschungsinstitutes für Regionalpolitik, Stockholm) sprach zum Thema „Die Baltische Herausforderung: Die Nordische Sichtweise“. Im Zentrum seiner

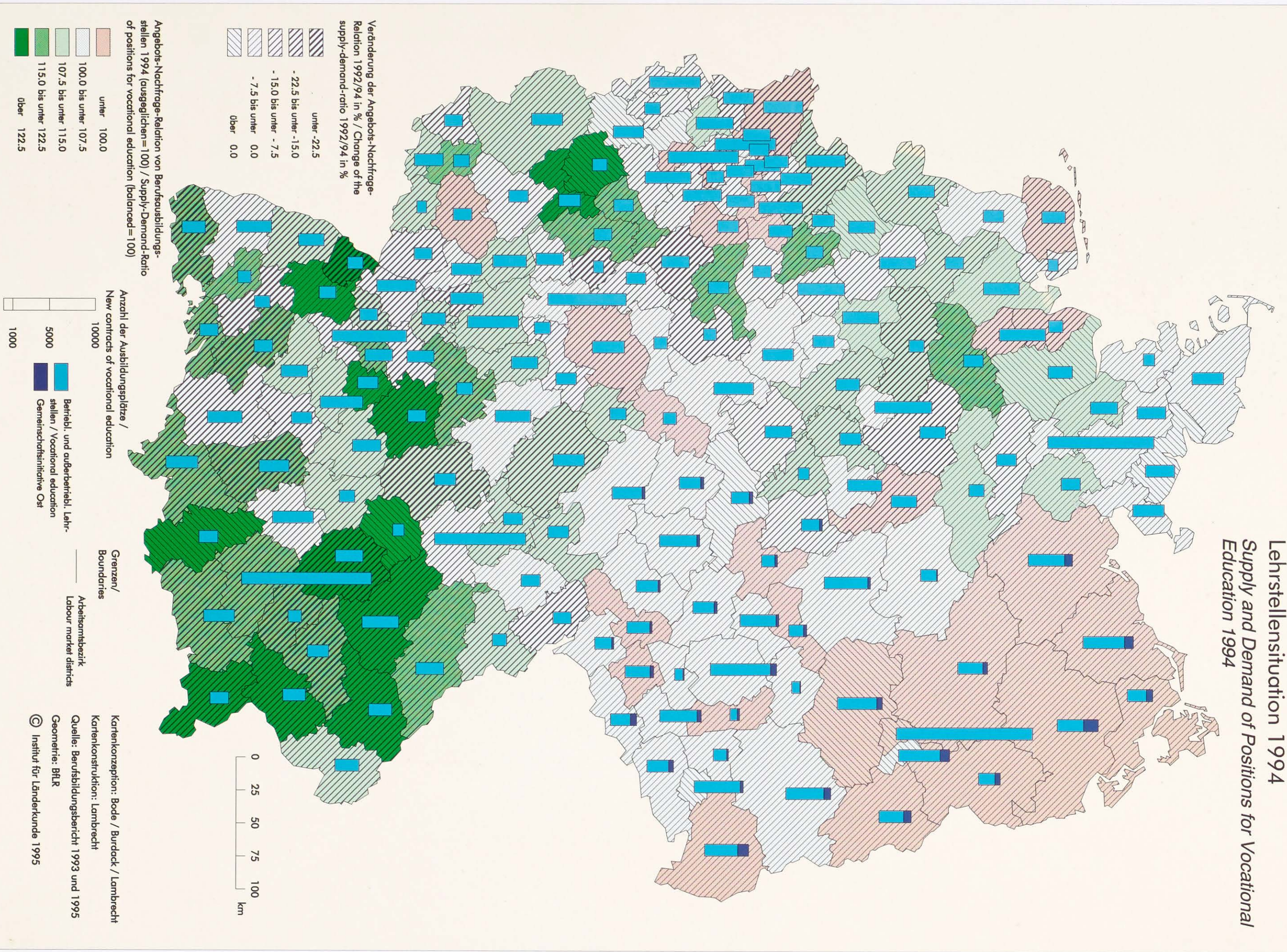
Ausführungen standen Überlegungen zu einer länderübergreifenden Entwicklungsstrategie für den Ostseeraum, die in den EU-Rahmen eingebunden werden muß. Prof. Dr. SZLACHTA (stellv. Direktor des Polnischen Planungsamtes, Warschau) referierte zum Thema „Aussichten und Strategien der Regionalentwicklung im Ostseeraum unter besonderer Berücksichtigung des Transports“. Er ging dabei speziell auf die Wirkungen der Transformationsprozesse in den ehemaligen sozialistischen Staaten ein. Dipl.-Ing. POHL (Geschäftsführer des Landesverbandes Hafenwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern) äußerte sich zu Erwartungen und Möglichkeiten der deutschen Hafenwirtschaft im Ostseeraum im Hinblick auf die Verkehrsentwicklung in Nordosteuropa, welche sich hauptsächlich aus der günstigen verkehrsgeographischen Lage zwischen West- und Osteuropa ergeben. Dipl.-Ing. WINDSINGER (Generalsekretär der Union Europäischer Eisenbahn-Ingenieur-Vereine, Frankfurt/M.) erörterte das „Balt Rail 2000“-Projekt für die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, welches darauf zielt, die Rahmenbedingungen für Güter- und Personenverkehre aus dieser Region zur und von der EU entscheidend zu verbessern.

In einem zweiten Seminarblock stellte sich Finnland als das „Logistik-Zentrum des neuen Nordeuropa“ vor. Spezialthemen waren „Bahnverbindungen von Finnland nach Osten und Westen“ (Herr NIEMIMUUKKO, Finnische Bahnverwaltung Helsinki), „Logistik-Konzeptionen Südwestfinlands“ (Dr. SAHLGREN, Berater der Regierungspräsidentin von Turku und Pori), „Südostfinland: Logistische Lösungen für jeden Bedarf“ (Herr SALA, Handelskammer Kymenlaakso), „Konzepte für den Ausbau der Europastraße E18“ (Herr LEVIÄKANGAS, Finnische Zentralverwaltung für das Straßenwesen Helsinki), „Nordöstliche Zollgrenze der EU“

(Frau RIECKMANN, Finnische Zollverwaltung Helsinki) sowie „Speditionsdienste und Lagerungsmöglichkeiten in Finnland für Waren aus Westeuropa in Richtung Osten“ (Herr VALTONEN, Huolintakeskus Group Helsinki). Die Nachmittagssitzung ergänzte die komplexeren Darstellungen der ersten beiden Tagungsteile durch weitere Fallbeispiele und Aspekte. Dipl.-Ing. WASILJEW (Verkehrsministerium Rußlands, St. Petersburg) erläuterte die „Bedeutung neuer Häfen an der russischen Ostseeküste für das Verkehrsnetz Europas“, Frau POLJAKOWA (Dezernat Stadtgestaltung und Straßenwirtschaft der Bürgermeisterei von St. Petersburg) berichtete über „Wichtige Verkehrsprojekte der Stadt St. Petersburg“ und Dipl.-Ing. BELJASO (Oktjabrskaja-Eisenbahn St. Petersburg) sprach über „Nutzung und Ausbau der Telekommunikation für Dienstleistungen der Oktjabrskaja-Eisenbahn“. Der polnischen Sicht der Problematik widmete Dr. PALMOWSKI (Abteilung Wirtschaftsgeographie an der Universität Danzig) einen Vortrag über „See- und Landverkehrswirtschaft im Ostseeraum und die Interessen Polens“. Dr. SCHAKALYS (stellv. Verkehrsminister Litauens) erörterte „Perspektiven und Investitionsprojekte der Republik Litauen auf dem Gebiet des Verkehrs“. Dr. WIBERG (Internationale Transportberatung Stockholm) ging anschließend auf die „Entwicklung der schwedischen Transportverbindungen mit Zentral- und Osteuropa“ ein. Schließlich informierte Herr MISKIEWICZ (Generalvertreter der Polnischen Staatsbahnen in Deutschland, Frankfurt/M.) zum Thema „Polen als Transitland für die Eisenbahntransporte in die GUS“. Die Vorträge wurden ergänzt und vertieft durch anregende Diskussionsbeiträge.

THOMAS RÖSSNER

Lehrstellensituation 1994 Supply and Demand of Positions for Vocational Education 1994



Jugendarbeitslosigkeit 1994 Unemployed Youth 1994

